

ANFRAGEN an den Bürgermeister

1) Erfahrene Pädagoginnen in städtischen Kinderkrippen auch während des Sommerbetriebes

GRin. **Potzinger** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Potzinger**: Sehr geschätzter Herr Bürgermeister, geehrte Damen und Herren! Wie vom Herrn Bürgermeister schon mitgeteilt, geht es um kontinuierliche Betreuung der Kinder durch vertraute Personen und zwar das ganze Jahr über. In unseren Kinderbetreuungseinrichtungen wird in der Stadt Graz während des dem Schuljahr entsprechenden Betriebsjahres hervorragende pädagogische Arbeit geleistet. Besonders wichtig sind vertraute Bezugspersonen für unter dreijährige Kinder, wie Fachleute mehrfach bestätigen, ich erinnere an die Professoren Fthenakis, Hüther und Prof. Hoghughi, ist Allgemeinwissen in Fachkreisen. Das Personal wird dem ressortzuständigen Amt im gesetzlich vorgeschriebenen Ausmaß vom Personalamt zur Verfügung gestellt, die Zuteilung zu den einzelnen Einrichtungen liegt im alleinigen Zuständigkeitsbereich des Jugend- und Familienressorts, anders lautende Behauptungen der ressortzuständigen Stadträtin sind daher zurückzuweisen.

Es ist ausdrücklich anzuerkennen, dass während des dem Schuljahr entsprechenden Betriebsjahres die Kinder zuverlässig und zur vollen Zufriedenheit der Eltern betreut werden.

Derzeit kommen allerdings in städtischen Kinderkrippen während der Sommermonate betriebsfremde frisch diplomierte Pädagoginnen zum Einsatz und da gibt es eine aktuelle Elternbeschwerde, die belegt, dass dadurch die Vertrauenskette unterbrochen werden kann und es aus Mangel an Berufserfahrung zu problematischen Situationen kommen kann. So wurde beispielsweise heuer im Sommer in einer städtischen Kinderkrippe ein Kind im Schlafraum vergessen, während die übrigen Kinder im Garten spielten. Das fehlende Kind war der anwesenden Pädagogin namentlich nicht bekannt auf Anfrage der Mutter, als die Mutter das Kind abholen wollte. Sie können sich vorstellen, dass der Schock da sehr tief saß, Gott sei Dank ist dem Kind nichts passiert.

Aber um ähnlichen Vorkommnissen vorzubeugen, sollte ab dem Sommer 2006 eine Neuregelung bei der Einteilung des pädagogischen Fachpersonals eingeführt werden, wonach auch während der Sommermonate jeweils pro Kinderkrippe wenigstens mindestens eine Pädagogin aus dem Stammpersonal anwesend ist, um die für die Kinder so wichtige Vertrauenskette nicht zu unterbrechen. Diese Vorgangsweise hat sich bisher übrigens in den Weihnachts- und Osterferien bewährt, da wird das schon praktiziert mit Urlaubstagen unterm Arbeitsjahr, ohneweiters.

Daher stelle ich namens der ÖVP-Fraktion an dich, sehr geehrte Herr Bürgermeister, die

A n f r a g e ,

ob du bereit bist, die Umsetzung der im Motivenbericht genannten Maßnahmen zur kontinuierlichen Betreuung in den Kinderkrippen prüfen zu lassen (*Applaus ÖVP*).

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

3) Neugestaltung Dietrichsteinplatz

GR. **Eichberger** stellt folgende Anfrage:

GR. **Eichberger**: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sehr geehrter Herr Bürgermeister! Es geht in meiner Anfrage um eine mögliche Neugestaltung des Dietrichsteinplatzes. Einerseits sind in nächster Zeit Gleisaustauscharbeiten im Bereich des Dietrichsteinplatzes unumgänglich, andererseits gibt es seit Jahrzehnten Wünsche, Überlegungen, Studien, Pläne, Projekte zu einer Neugestaltung des Dietrichsteinplatzes

und einer Neuordnung des Platzes sowie der Findung von Lösungen für eine adäquate Verkehrsführung.

Gleichzeitig gibt es auch vehemente Intentionen der dort ansässigen Wirtschaftsinitiative Reitschulgasse/Münzgrabenstraße/Dietrichsteinplatz zur Attraktivierung dieses Bereiches. Aus diesem Grund wäre es aus meiner Sicht sinnvoll und sicherlich auch kostengünstiger, die notwendigen Gleisarbeiten mit einer möglichen Neugestaltung des Platzes und mit einer damit verbundenen besseren Verkehrsführung über diesen Platz zu verbinden.

Ich stelle daher an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

A n f r a g e ,

ob du bereit bist, die zuständigen Magistratsabteilungen umgehend mit der Planung und Neugestaltung des Dietrichsteinplatzes unter Einbeziehung der Bezirksbevölkerung, des Bezirkrates sowie der dortigen Wirtschaftsinitiative zu beauftragen (*Applaus SPÖ*).

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

3) Verwertung beschlagnahmter Fahrzeuge zugunsten humanitärer Organisationen

GR. **Rajakovics** stellt folgende Anfrage:

GR. **Rajakovics**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! In den USA gibt es eine große Organisation, DARE (drug abuse resistance education), die sich mit Drogenprävention

und der Rehabilitation Süchtiger beschäftigt. Die USA haben daher beschlossen, alle im Zusammenhang mit Drogengeschäften beschlagnahmten Fahrzeuge (Autos, Boote, sogar Hubschrauber) dieser Organisation zur Verfügung zu stellen und damit ihre Arbeit maßgeblich zu fördern.

Bei uns schaut das leider anders aus. Mir ist aufgefallen, dass am Stützpunkt West der Polizei in der Karlauerstraße immer wieder sehr schöne Autos abgestellt werden, die auf Grund krimineller Handlungen beschlagnahmt werden.

Leider ist bei uns dann die Praxis, dass diese Autos vom Gericht der Verschrottung zugeführt werden.

Es wäre, auch aus Sicht der Polizei viel sinnvoller, diese Autos neu zu typisieren und im Anschluss humanitären Organisationen zur Verfügung zu stellen.

Ich richte daher an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens der ÖVP die

A n f r a g e :

Bist Du bereit, in einem Brief an das Innen- beziehungsweise Justizministerium heranzutreten, um eine der oben angeführter Intention entsprechende Änderung im Umgang mit beschlagnahmten Fahrzeugen zu bewirken?

Bgm. Mag. **Nagl**: Ja, das werde ich gerne tun. Den Brief werden wir vorbereiten und schauen, dass wir das hinkriegen. Das klingt sehr sinnvoll, weil es wäre schade um diese Gegenstände.

4) Glockenspiel – Terminkollision

GRin. **Schloffer** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Schloffer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, schönen Nachmittag allen Anwesenden im Hause. Meine Anfrage betrifft heute das Glockenspiel am Glockenspielplatz, sprich Terminkollision. Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Das Glockenspiel am Glockenspielplatz ist tagtäglich ein großer touristischer Anziehungspunkt. Es findet um 11, 15 und 18 Uhr statt. Um 11 Uhr – wenn Reisegruppen das Glockenspiel hören und sehen wollen – gibt es immer wieder kritische Situationen mit dem Autoverkehr.

Lkw, welche hauptsächlich Zusteller sind, als auch Pkw müssen um Punkt 11 Uhr den Glockenspielplatz, den Mehplatz und die Färbergasse verlassen, wenn sie keine Ausnahmegenehmigung haben. Diese Autos werden sonst von der Überwachungskamera gefilmt und dann heißt es cash. Diese Autos stehen mit laufendem Motor aufgereiht vor der Ampel. Gleichzeitig kommen viele Touristinnen und Touristen zum Glockenspielplatz; in Gruppen, in Scharen stehen sie dort. Dadurch entstehen für die umstehenden Personen oft gefährliche Situationen. Es ist der Wunsch von vielen FremdenführerInnen, welche täglich mit dieser Situation konfrontiert werden, den Beginn des Glockenspiels am Vormittag um eine halbe Stunde auf 11.30 Uhr zu verlegen.

Dies wäre auch im Sinne der Touristen, die das Glockenspiel in Ruhe und ohne störenden Autolärm beobachten und hören könnten. Aber auch für die Lkw-Lenker wäre dieser Schritt eine Erleichterung bei der Ausübung ihres Dienstes.

Ich richte deshalb an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Anfrage:

Sind Sie bereit, die notwendigen Schritte zu veranlassen, damit das Grazer Glockenspiel vormittags von 11 Uhr auf 11.30 Uhr verlegt wird? Danke.

Bgm. Mag. **Nagl**: Frau Gemeinderätin! Sie wissen, man kann immer zwei Dinge entweder halbvoll oder halbleer sehen, es gibt immer zwei Möglichkeiten. Das was Sie aufzeigen, ist richtig, ist ein bisschen ein Problem dort vor Ort. Ich glaube aber, wir sollten nicht unbedingt mit der Tradition unseres Glockenspiels brechen, sondern wir sollten schauen, ob wir die Ladezone Innenstadt nicht wirklich einmal vorverlegen, weil ich sage Ihnen ganz ehrlich, das ist mein vollste Überzeugung, dass das Laden bis 11.00 Uhr nur dazu führt, dass der Vormittag überhaupt nie mehr zu einer Fußgängerzone oder dass der Vormittag zu keiner Fußgängerzone wird (*Applaus ÖVP*). Und ich werde auch diese Anfrage zum Anlass nehmen, mit dem Kollegen Rüscher habe ich schon gesprochen, einmal zu sagen, machen wir um 10.00 Uhr Schluss, dann können sich Menschen in dieser Innenstadt auch wieder bewegen und dann sind um 11.00 Uhr auch diese Probleme weg, einverstanden?

GRin. **Schloffer**: Jawohl.

Zwischenruf GR. Mag. Candussi: Da nehmen wir Sie aber beim Wort.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ja, garantiert, ich stehe wirklich zu dieser Geschichte, ich sage es, weil ich weiß, dass das Liefern zwischen 6.00 und 8.00 Uhr eigentlich auch möglich ist und man muss es irgendwo einmal schaffen. Ich kann mir vorstellen, dass 10.00 Uhr ein guter Zeitpunkt ist, 10.00/10.30 Uhr, und das werden wir demnächst auch einmal

vorstellen. Ich stehe zum Standpunkt, dass man um 10.00 Uhr Schluss macht. Man muss ein bisschen mit der Gastronomie schauen, vielleicht auch die eine oder andere Ausnahme lieber zulassen, tagsüber, also generell bis 11.00 Uhr und bis dann alle draußen sind, ist in Wahrheit 12.00 Uhr. Die Logistikhilfe ist nicht so einfach, ich habe mir das auch unlängst einmal angesehen betreffend City-Logistik, ist relativ schwer handlebar, würde ich mir auch mehr wünschen (*Applaus ÖVP*).

5) Statistisches Jahrbuch der Stadt Graz

GRin. **Zeiler** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Zeiler**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Ich werde immer wieder von verschiedener Seite daraufhin angesprochen, wann das Statistische Jahrbuch der Stadt Graz wieder erscheint. Tatsächlich ist es seit 1999 nicht mehr erschienen. Als ich versuchte herauszufinden, woran das liegt, bekam ich unterschiedliche, teilweise einander widersprechende Antworten. Einmal hieß es, die eine Abteilung wartet noch immer auf die Einwohnerzahlendaten der anderen Abteilung. Die andere Abteilung wartet auf dieselben Daten, die an eine Firma zur Bearbeitung weitergegeben worden seien, während die dritte Abteilung sagt, dass gar keine Daten weitergegeben werden und auch nicht werden dürfen, sondern, dass es sich bei jener Firma um eine Softwarefirma handle, die nur die entsprechende Software zur Bearbeitung der Daten zur Verfügung stellt. Offensichtlich gibt es da irgendwo einen Haken.

Daher stelle ich an Sie im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs die folgende

A n f r a g e :

Sind Sie bereit, abklären zu lassen, woran es liegt, dass die Einwohnerzahlendaten nicht bearbeitet werden können und dafür Sorge zu tragen, dass mit der Bearbeitung

der betreffenden Daten das Erscheinen des Statistischen Jahrbuches der Stadt Graz endlich ermöglicht wird? (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Frau Gemeinderätin gerne, weil es auch mir ein Anliegen ist. Mein Vorgänger hat, was Statistik anbelangt, leider im Jahr 1999 diese gesamte statistische Erhebung der Stadt Graz, die glaube ich, für unser aller Arbeit, sowohl der Beamtenschaft als auch der Politik so notwendig ist, sehr zurückgeschraubt. Wir sind dabei, auch was die Statistik anbelangt, wieder zu besseren Daten zu kommen und all das, was Sie gesagt haben, hat seine Richtigkeit. Wir werden dahinter sein.

6) Nothilfefonds im Rathaus

GRin. **Binder** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Binder**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Das was ich heute als Problem aufgreife, werden wahrscheinlich andere politische Büros genauso schon zu spüren bekommen haben, denn in letzter Zeit steigt bei uns auch immer mehr die Anzahl jener Menschen, die unschuldig oder durch einen einmaligen Schicksalsschlag in Not geraten sind und sich rasche Hilfe erwarten. Ich würde meinen, dass die Stadt Graz diesbezüglich auch einen so genannten Nothilfefonds einrichten soll, um gerade jenen Menschen und dabei gibt es auch immer mehr Frauen, die kommen, um diesen Menschen eine schnelle, unbürokratische und parteipolitisch unabhängige Soforthilfe zu ermöglichen und daher bitte ich Sie und frage ich Sie, Herr Bürgermeister:

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass im Rathaus ein niederschwelliger und parteipolitisch unabhängiger Nothilfefonds eingerichtet wird, der Menschen in akuten, unverschuldeten Notsituationen finanzielle Soforthilfe ermöglicht?

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke, Frau Gemeinderätin! Ich werde das mit der zuständigen Stadträtin im Sozialbereich, aber auch mit der Wohnungsstadträtin jetzt einmal auch besprechen. Grundsätzlich halte ich die Idee für gut, die Sie da tun, wir sollten das nur noch einmal, die gesamten Soforthilfsmaßnahmen, die es im Rahmen unserer Möglichkeiten ja jetzt schon gibt, noch einmal sichten. Ich weiß nicht, inwieweit das auch unter Umständen da hier Abhilfe schaffen kann und wenn das nicht der Fall ist, dann sollten wir so etwas tun.

GRin. **Binder**: Herr Bürgermeister, hier geht es mir nicht darum, in einem schon bestehenden Amt etwas anzusiedeln, sondern es sollte wirklich einerseits aus den Gründen von Unabhängigkeit, also parteipolitischer Unabhängigkeit, zum Beispiel im BürgerInnenamt angesiedelt sein und wirklich ohne besondere Hürden für Menschen, die eben in Not geraten sind, ziemlich schnell ohne wesentlichen administrativen Aufwand diese Hilfe möglich sein und darum bitte ich, dass man sich vielleicht da Gedanken macht, wie kann unsere Stadt in diese Richtung so eine Einrichtung einführen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Unser Sozialamt ist keine parteipolitische Einrichtung, das heißt, wir haben hier ganz klare Richtlinien und das müssen wir schon...(Applaus ÖVP). Noch einmal, ich stehe ihrer Idee grundsätzlich nicht negativ gegenüber. Selbstverständlich muss man, wo immer dann diese Gelder herkommen, es muss natürlich gesichert sein, dass hier Menschen tatsächlich in Not sind.

GR. **Rajakovics**: Frau Kollegin Binder, nachdem bei euch ja auch die Kollegin Rücker, die ja auch viel im Sozialbereich schon getan hat und tätig ist, die wird wahrscheinlich auch bestätigen können, es stimmt schon, wenn jemand in Not geraten ist, man

möglichst rasch helfen können muss. Ich denke, dass im Sozialamt grundsätzlich dieser Forderung ja in sehr guter Weise Rechnung getragen wird und dass wenn jemand wirklich in Not geraten ist, auch relativ rasch, vor allem finanzielle Hilfe, auch kleinere Unterstützungen sofort gegeben werden können. Grundsätzlich ist aber dazu zu sagen, dass man sich, es klingt immer verführerisch zu sagen, unbürokratisch, schnell, gerade bei der Hilfe geht es aber auch darum, dass es eine Hilfe ist, die nachhaltig ist. Wenn jemand sagt, es geht sich mit der Stromrechnung heute überhaupt nicht aus und morgen kommt er und schaltet meinen Strom ab, dann kann ich ihm schon das Geld einmal geben, aber wenn ich ihn begleite, nachgehe und frage, warum, wie gibt es das, dass das passiert ist, meistens gibt es eine Lebensgeschichte und meistens sind das Leute, die in diese Not kommen, durchaus auch bei Caritas, Volkshilfe und anderen Organisationen, wo sie sich um Hilfe auch bewerben. Man müsste sich das gut überlegen, aber ich würde auf jeden Fall auch empfehlen, dass man so ein Soforthilfeprogramm der Stadt Graz zumindest auch in Zusammenarbeit mit den größeren einschlägigen Organisationen organisiert, damit man sich nicht als Stadt einreicht in ein System, wo man einfach dann absammeln geht, weil man halt behauptet, in Not zu sein.

GRin. Mag. **Taberhofer**: Also ich finde den Vorschlag der Kollegin Binder sehr gut. Es ist auch ein Vorschlag, den wir als KPÖ vor Jahren schon gefordert haben, nämlich da sehr frauenspezifisch damals, in dem wir gesagt haben, Frauen kommen sehr oft in Situationen, wo sie in einer ganz akuten Situation einfach Hilfe brauchen, sei es teilweise also im gesundheitlichen Bereich zum Beispiel, dass man sich einfach gewisse Dinge nicht leisten kann und eine akute Soforthilfe braucht, aber auch aus anderen Gründen. Und deshalb würde ich sagen, da geht es nicht um langfristig in dem Sinn, sondern in einer ganz akuten Situation kann es manchmal passieren, dass ich nicht weiß, wie ich über die Runden kommen soll und da kann eine einmalige akute Soforthilfe durchaus auch eine wesentliche Unterstützung sein. Also ich würde das für sehr zielführend halten und überlegen, in welcher Form so ein Fonds umgesetzt werden könnte (*Applaus KPÖ*).

GRin. **Edlinger:** Grundsätzlich gibt es ja über das Landessozialwesen auch die Möglichkeit einer akuten Sofortzahlung und auch im Sozialamt. Und zusätzlich gibt es, wenn es um schwierige Lebenssituationen auch noch geht, die Möglichkeit, auch noch einmal über das Land um eine Einmalzahlung anzusuchen. Die Problematik, die ich nur sehe ist vor allem im Zusammenhang mit der Betragshöhe, wenn es kleinere Beträge sind, da kommen auch zu mir viele Leute ins Büro und auch zur Volkshilfe und auch zur Caritas und ins Büro der Stadträte/Stadträtinnen, in die Klubs. Gott sein Dank spricht sich das auch herum, wo man sich Hilfe und den einen oder anderen Euro auch holen kann für solche schwierigen Situationen. Wenn es um kleinere Beträge geht, dann kann man ja schnell auszahlen und das passiert auch. Aber oft in solch schwierigen Lebenssituation geht es auch durchaus um größere Beträge, die jemand braucht, um irgendwie einen Schaden abzuwenden und da sehe ich jetzt nur die Schwierigkeit, du kannst nicht einfach auf gut Glauben von öffentlichen Geldern ein großen Betrag auszahlen, um etwas abzuwenden in dieser schwierigen Lebenssituation, ohne dass das geprüft wird. Deswegen muss man sich wahrscheinlich zusammensetzen und schauen, was fehlt in den momentanen Angeboten, was wirklich zu schaffen wäre, wobei grundsätzlich finde ich es auch gut, dass nach wie vor die Menschen den Weg zu uns finden, weil dafür sind wir auch da und ob ich der Person, die vor mir sitzt und mir das erklärt, jetzt glaube oder nicht, und dann in meine Geldtasche greife, das wird sich ja dadurch auch nicht aufhören, falls eine zusätzliche Stelle geschaffen werden würde.

GR. **Pleyer:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein sehr guter Vorschlag, der aber sehr, sehr schwer zu realisieren sein wird. Und wir werden uns in Zukunft wahrscheinlich über diese sozialen Fragen in diesem Haus noch viel mehr beschäftigen müssen, als wir das bis jetzt getan haben. Meine Damen und Herren, wir haben in der Steiermark allein 60.000 Menschen, die an der Armutsgrenze leben. Das heißt, viele Menschen, die im Tag nicht mehr als sechs Euro ausgeben dürfen, das ist Armut und diesen Menschen muss sehr, sehr dringend geholfen werden (*Applaus SPÖ*). Und das ist eine gesellschaftspolitische Aufgabe, die wir alle zusammen in diesem Haus, meine Damen und Herren, vorantreiben müssen.

Ich begrüße dieses Projekt, ich bin dafür, aber nur man muss dann bei so einem Projekt natürlich schon sagen und meine Vorrednerin hat das getan, wie stellt man die Kriterien, wie kann man wirklich rasch helfen, wenn es um einen größeren Betrag geht. Das andere, meine Damen und Herren, wir müssen uns mehr um diese armen Menschen kümmern, wir müssen uns um die Jugendlichen kümmern, die heute arbeitslos sind, keinen Arbeitsplatz haben, dann werden wir in Zukunft über solche Fragen hier nicht diskutieren müssen (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Binder**: Ja ich danke für die vielen kritischen Hinweise, aber auch für die bestätigenden Hinweise. Gerade deine Beispiele, Elke, zeigen genau das, was ich nicht will. Nämlich dass immer mehr Menschen als Bittstellerinnen und Bittsteller zu uns kommen und sagen, bitte bei mir ist zu Hause das und das passiert, ich muss jetzt am nächsten Montag das und das zahlen, sehr konkret, die kommen mit ganz konkreten Dingen und ich übertreibe, jetzt bitte nicht aufschreien gleich, aber in feudaler Art zücke meine Geldbörse, habe selber zwar nicht allzu viel und gebe dann sozusagen einen Groschen. Das darf es nicht sein, das finde ich einfach demütigend für diese Personen und ich weiß, dass du das auch nicht willst, ich weiß, dass du das nicht willst und daher war auch mein Wunsch an den Herrn Bürgermeister, sich das zu überlegen. Dass man das nicht so locker einrichten kann, ist mir ganz klar, dass man Kriterien überlegen muss, dass man überlegen muss, wo siedelt man so etwas an, wer verwaltet das in welcher Höhe kann man so einen Nothilfefonds denn einrichten und viele andere Fragen mehr und ich würde den Herrn Bürgermeister bitten, hier wirklich auch tätig zu werden und durchaus einmal die Parteien einmal alle einzuladen, um etwas in diese Richtung auszuarbeiten, was möglich und sinnvoll ist für die Menschen. Ich hoffe, er hat das gehört, der Herr Bürgermeister.

7) Veranstaltungssaal „Melodi“

GRin. Dr. **Sickl** stellt folgende Antrag:

Dr. **Sickl**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Am 20. Jänner dieses Jahres bin ich schon einmal da gestanden und haben an Sie eine Anfrage gestellt betreffend den Veranstaltungssaal Melodi in der Lagergasse 57a und habe auf die dortigen Problematiken aufmerksam gemacht. Diverse Feierlichkeiten führten dort nämlich zu massiven Lärm- und Geruchsbelästigungen, zu untragbaren Verschmutzungen sowie zu einem regelmäßigen Verkehrschaos. Nach damaligem Wissensstand gab es weder eine Betriebsansiedlungsgenehmigung nach der Gewerbeordnung noch eine Betriebsstättengenehmigung nach dem Steiermärkischen Veranstaltungsgesetz. Daran soll sich meines Wissens nach auch bis heute nichts geändert haben.

Auf meine Anfrage hin zum damaligen Zeitpunkt, also am 20. Jänner, haben Sie mir für die Information gedankt und erklärt, dass Ihnen die Zuständigen nicht so bekannt waren und dass Sie dafür Sorge tragen werden, dass solche Dinge abgestellt und die gleichen harten Überprüfungen durchgeführt werden wie in anderen Bereichen, wo es um Musik und Lärm und Schmutz gegangen ist. Meine Anfrage wurde der geschäftsordnungsgemäßen Behandlung zugeführt. Im § 46 Abs. 3 des Statutes der Landeshauptstadt Graz ist nämlich festgehalten, dass der Bürgermeister verpflichtet ist, spätestens in der dritten der Anfrage folgenden Sitzung mündlich oder schriftlich zu antworten.

Inzwischen ist nun mehr als ein halbes Jahr vergangen, allerdings hat sich weder die Situation in der Lagergasse verbessert, noch wurden Veranstaltungen oder keine Veranstaltungen mehr abgehalten. Im Gegenteil, es wird sogar mittels Plakat geworben und es ist besonders interessant für mich, dass bei diesen Plakaten die SPÖ und die KPÖ als Sponsoren auftreten. Der Bezirksrat in Graz hat sich mittlerweile auch mit dieser Sache beschäftigt und mehrheitlich die Einberufung einer Bürgerversammlung in dieser Causa beschlossen.

Daher stelle ich namens der freiheitlichen Fraktion folgende

A n f r a g e :

Ob Sie bereit sind, dafür Sorge zu tragen, dass die von Ihnen zugesagte und im Statut vorgeschrieben geschäftsordnungsgemäße Behandlung meiner Anfrage vom 20. Jänner 2005 umgehend erfolgt, um die Anrainerbeschwerden zu behandeln?

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke Frau Gemeinderätin! Ich weiß nicht mehr, was ich am 20. Jänner gemacht habe, ob ich es nur geschäftsordnungsgemäß erledigt habe oder eine Antwort drauf gegeben habe. Wenn ich nämlich eine Antwort gegeben habe, dann gibt es keine schriftliche Erledigung mehr, dann schauen wir nämlich, nur damit Sie das wissen, wenn ich jetzt mit Ihnen eine Wechselrede führe oder eine Antwort gebe, dann gilt sie einmal als geschäftsordnungsgemäß noch nicht erledigt, aber Sie kriegen dann keine schriftliche Antwort von mir; damit wir uns das jetzt sparen und die Geschichte funktioniert, sage ich jetzt eigentlich nicht mehr dazu, als dass Ihre jetzige Anfrage geschäftsordnungsgemäß erledigt werden wird, dann hören wir nämlich auch, welche Maßnahmen unter Umständen auch eingeleitet worden sind, die vielleicht nur kein Ergebnis erzielt haben. Einfach wird das ja dort auch nicht, ähnlich wie in anderen Bereichen Mondscheingasse, Univiertel usw. bei Veranstaltungen.

Dr. **Sickl**: Jetzt kann ich aber schon darauf antworten.

Bgm. Mag. **Nagl**: Sie können gerne antworten, nur dann gilt es wieder als erledigt.

Dr. **Sickl**: Weil eben die Situation sich überhaupt nicht geändert hat, es gibt genau den gleichen Betrieb wie vorher und es gibt keine Genehmigungen dafür und das ist eigentlich meine Sorge und die Ohnmacht der Bürger möchte ich mit dieser Anfrage eigentlich ausdrücken.

Bgm. Mag. **Nagl**: Wir werden der Geschichte nachgehen und schauen wir, dass wir es dort wirklich lösen.

8) Videoüberwachung am Jakominiplatz

GR. Mag. **Korschelt** stellt folgende Anfrage:

Mag. **Korschelt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat! Seit der letzten Novelle des Sicherheitspolizeigesetzes gibt es ja die Möglichkeit, dass öffentliche Plätze mittels Videokameras überwacht werden können. Dies ist in Graz nun geschehen, und zwar am Jakominiplatz befindet sich eine Videoüberwachungsanlage, wobei hier leider aus meiner Sicht ein kleiner Schönheitsfehler darin besteht, dass diese nicht fix an einem Gebäude montiert ist, sondern sie sich in einem Lieferwagen befindet.

Dieser Lieferwagen, besetzt mit zwei Polizeibeamten, liefert zwei bis drei Stunden lang Filmmaterial vom Jakominiplatz. Über die Effizienz dieser Variante der Videoüberwachung kann man sich jederzeit selbst Gedanken machen, ich meine, dass wäre in diesem Fall so als würde man erwarten, dass ein Banküberfall just dann stattfindet, wenn sich ein Fernseheteam mit laufenden Kameras im Schalterraum befindet.

Unzählige Diskussionen im Grazer Gemeinderat wurden zu diesem Thema bereits geführt. Aus einer Stellungnahme des SPÖ-Stadtparteiobmanns in den Medien glaube

ich entnehmen zu können, dass nun mehrheitlich die Auffassung im Gemeinderat vorherrscht, dass ein Sicherheitsdefizit am Jakominiplatz besteht und dass eine Videoüberwachung Sinn macht. Es sollte also diese ‚patscherte‘ Lösung im Lieferwagen beendet werden und durch eine fix installierte Kamera ersetzt werden.

Namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

A n f r a g e ,

ob Sie bereit sind, sich bei der Bundespolizeidirektion Graz dafür einzusetzen, dass möglichst bald die Voraussetzungen für eine fixe Überwachungskamera am Jakominiplatz geschaffen werden.

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke vielmals, ich ärgere mich auch darüber, dass wir die nicht schon längst haben. In der Zwischenzeit haben wir, ich sage auch Gott sei Dank, eine mobile Kamera, die auch immer wieder dort und da gewünscht ist, sie steht ja auch nicht permanent am Jakominiplatz. So schaut es ein bisschen „patschert“ aus, da haben Sie Recht, ich glaube, die sollte immer wieder flexibel eingesetzt werden, sonst ist es gescheiter es patrouilliert ein Wachebeamter oder eine Wachebeamtin am Jakominiplatz, bevor zwei drinnen sitzen und einen dritten holen müssen. Aber wir haben von Anfang an eine fixe angefordert, ich hoffe, dass die schon unterwegs ist und wir werden mit Nachdruck dahinter bleiben, die mobile können wir in Graz gut gebrauchen auch für andere kriminalistische Erhebungen (*Applaus ÖVP*).

9) Sport und Integration

GR. **Khull-Kholwald** stellt folgende Anfrage:

GR. **Khull-Kholwald:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren! Sport ist eine gesellschaftlich wirkmächtige Internalisierungshilfe für ethische und soziale Normen. Zwei ganz wesentliche Prinzipien, die wir durch aktives Sportbetreiben lernen können, sind das Leistungsprinzip und vor allem das Prinzip der Notwendigkeit, sich in Gruppen einzuordnen.

Vor diesem Hintergrund betrachtet würde es sich empfehlen, wenn die Stadt Graz im Bereich des Integrationsreferates eine Förderungsstelle für Sportler und Sportlerinnen mit Migrationshintergrund einrichtete. Von dieser Stelle aus könnte die Stadt Graz gezielt SportlerInnen fördern, die in Grazer Vereinen organisiert sind, um dort so genannte Randsportarten erfolgreich auszuüben.

Unter dem Begriff „eine Sportart erfolgreich auszuüben“ verstehe ich, dass man die notwendigen Leistungen erbringt, um an Wettkämpfen teilzunehmen, oder bei Sportarten, die keinen Wettkampf kennen, der jeweilige Landesverband feststellt, dass der Sportler eben zu den Leistungsträgern in seiner Sportart zählt.

Dass SportlerInnen mit Migrationshintergrund zumeist finanziell schlechter gestellt sind als Sportler aus österreichischstämmigen Familien und eine ad-personam-Förderung im Sport zur Zeit in Graz nicht vorgesehen ist, begründet noch nicht abschließend, weshalb das Integrationsreferat sich dieser Menschen besonders annehmen sollte. Die abschließende Begründung ist folgende:

- Wie eingangs erwähnt, hilft Sport, sich in Gruppen zurecht zu finden. Dies ist wichtig, um Integration zu fördern.
- SportlerInnen als Leistungsträger motivieren ihre Bekannten – und dies sind bei Migranten eben zumeist deren Landsleute – ebenfalls den gleichen Sport in einem Verein auszuüben.
- Somit würden auch diese Menschen durch Sport rascher in unserer Stadt integriert werden.

Ich richte daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

Anfrage:

Sind Sie bereit, sich dafür einzusetzen, dass Sportler und Sportlerinnen mit Migrationshintergrund, wenn sie als Leistungsträger in ihrem Verein eingestuft werden, im Integrationsreferat eine Ansprechstelle finden, die sie auch finanziell unterstützt?

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.